

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

21.4.1923 (No. 93)

Erpediton: Karlsruher Zeitung Nr. 14  
Jahrespreis: Nr. 253 und 254  
Postkonten: Karlsruhe Nr. 2515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigengebühr: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Postfach 250, Karlsruhe, zu senden und werden in Berücksichtigung des Inhalts der Redaktion eingereicht. Bei Abrechnung, zweimonatlicher Beitragszahlung und Kontokorrentverfahren steht der Abnehmer frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausfall, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verzögert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen.

### \* Lord Curzon's Rede.

Nach Poincaré und nach Rosenberg hat jetzt auch der englische Außenminister, Lord Curzon, gesprochen. Der Inhalt seiner Reden — zwei hielt er im Oberhaus, eine im Unterhaus — ist für uns überaus bedeutsam. Denn sie behandeln vorwiegend die Reparationsfrage und sind von einer Klarheit und Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Wenn Poincaré in Dünkirchen geglaubt hat, mit seiner Betonung der Unschuld Frankreichs einen Umschwung der politischen Auffassungen in England herbeizuführen, wenn er vielleicht gehofft hat, daß seine Behauptung, Frankreich denke nicht an die Annexion fremder Gebiete, in England besonderen Eindruck machen werde, so sieht er sich jetzt enttäuscht. Die englische Politik ist nicht nur bei ihrer bisherigen Meinung geblieben, sondern sie erweitert dieselbe noch im Sinne einer dringenden Mahnung zum Frieden, und zwar einer Mahnung, die in erster Linie an Frankreich gerichtet ist.

Lord Curzon geht auch jetzt noch von der Überzeugung aus, daß die Entente aufrecht erhalten werden müsse, da sie die beste und vielleicht einzige Garantie des Friedens in Europa sei. Aber gleichzeitig hat er erklärt, daß, wenn die jetzigen Verhältnisse andauerten, die Beziehungen Englands und Frankreichs gefährdet werden müßten. Deshalb sei es notwendig, zwischen ihnen irgend ein Konkordat herzustellen. Das ist eine Feststellung, die politisch von höchster Bedeutung ist. Entweder die Entente und der Friede oder der Zerfall der Entente und der Krieg! Frankreich weiß, woran es ist. Die Linie der englischen Politik, die wir Jahre lang an dieser Stelle nachzuziehen bemüht waren, läuft dahin, wo sie hinlaufen muß: zu einem Erfolg, der gleichbedeutend wäre mit der Wahrung Frankreichs und der Begründung eines wahren Friedens, oder zu einem Mißerfolg, der gleichbedeutend wäre mit dem Kriege.

Was die Reparationsfrage selbst betrifft, so hofft Lord Curzon auf eine Lösung. Und zwar müßte, wenn diese Lösung gefunden werden sollte, Deutschland mit ganz bestimmten Vorschlägen und Anerbietungen hervortreten. Leider hat Frankreich den Vorschlag von Hughes, den Deutschland auch jetzt wieder sich zu eigen machte, abgelehnt. Aber auch England ist der Ansicht, daß ganz bestimmte Vorschläge und Anerbietungen Deutschlands in Verbindung mit diesem Vorschlag wohl einen Fortschritt ergeben könnten, zumal ja Frankreich seinerseits bereit sei, Vorschläge offizieller Art entgegenzunehmen. Wie Lord Curzon glaubt, bestehen auf beiden Seiten, auf Seiten Frankreichs und auf Seiten Deutschlands Symptome, die erkennen lassen, daß beide Teile zu einer Aussprache über eine künftige Regelung geneigt seien.

Von der Widerstandskraft Deutschlands ist Lord Curzon überzeugt. Er hat wörtlich gesagt, daß „Deutschland eine überraschende Widerstandsfähigkeit gezeigt habe, und daß die Ergebnisse der französisch-belgischen Besetzung bisher unbedeutender seien, als man geglaubt habe“. Besorgniserregend sei dagegen die finanzielle Lage Deutschlands. Dennoch läge es so, als ob Deutschland im Großen und Ganzen auf Grund des letzten Vorschlags (vom Anfang dieses Jahres) verhandeln wolle. Bedauerlicherweise seien die beiden Parteien im Augenblick aber bei einem toten Punkt angelangt. Die ganze Rede Lord Curzons kennzeichnet sich jedoch als ein sehr ernst zu nehmender Versuch, diesen toten Punkt zu überwinden.

Auch hinsichtlich der sog. Sicherheiten hat Lord Curzon — ein genauer, wortgetreuer Bericht seiner Reden liegt übrigens noch nicht vor — die Auffassung der englischen Politik in völlig unzweideutiger Weise formuliert. Er hat betont, daß man die Frage der Sicherheiten an sich zu einem passenden Zeitpunkt der Zukunft wohl erörtern könne. Aber diese Erörterung dürfe nicht geschehen auf Kosten einer Zerstückelung Deutschlands oder so, daß man eine neue Wunde im Herzen Europas schafft. Wenn neue Garantien geschaffen werden sollten, so sollten es vor allem Garantien sein, die ihrer Natur nach gegenseitig sind! Das ist

ein vernünftiger Standpunkt, dem man von deutscher Seite aus nur beipflichten kann.

Was die englischen Forderungen bei der kommenden Regelung der Reparationsfrage anlangt, so hat Lord Curzon erklärt, daß auch die britische Regierung grundsätzlich die höchste Summe zu bekommen trachte, die Deutschland nur tragen könne. Überhaupt wolle England nicht, daß Deutschland irgendwie seinen Verbindlichkeiten ausweiche. Im Großen und Ganzen empfahl Lord Curzon hier nochmals den englischen Reparationsplan, den Bonar Law auf der Pariser Konferenz zu Beginn dieses Jahres vorlegte. Er hat diesen, von uns allerdings mit Vorbehalt zu betrachtenden Plan ausdrücklich einen sorgfältig und endgültig überlegten Plan genannt. Eine Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein wünscht Lord Curzon nicht, da die Anwesenheit dieser Truppen für beide Teile notwendig sei.

Die bisherige Politik der Neutralität hat Lord Curzon zu verteidigen genutzt als die einzige Möglichkeit, später wieder zu einer friedlichen Regelung gelangen zu können. England ist, da es mit keiner der beiden Parteien gebrochen hat, heute in der Lage, gute Vermittlerdienste zu leisten. Welch ein großer Vorteil das ist, wird sich richtig erst zeigen, sowie einmal die Verhandlungen beginnen. Aber schon jetzt wird, zum mindesten vom deutschen Standpunkt aus gesehen, diese Politik der Neutralität gerechtfertigt erscheinen müssen. Denn ohne sie wären die doch hauptsächlich für Frankreichs Ohren bestimmten Reden, die gestern Lord Curzon gehalten hat, nicht gut denkbar gewesen.

### Politische Neuigkeiten.

#### England zum Ruhrkampf.

Im Oberhaus führte, laut einer Londoner Wolffmeldung, bei Besprechung der Lage im Ruhrgebiet Lord Curzon nach einer längeren Rechtfertigung der Haltung Englands und nach Prüfung der Haltung Deutschlands und Frankreichs folgendes aus:

Ich kann nicht umhin, zu glauben, daß wenn Deutschland irgendein Anerbieten seiner Bereitschaft und Absicht zu zahlen macht und seinen Wunsch ausdrückt, die Reparationssummen durch eigens zu diesem Zweck betraute Autoritäten festsetzen zu lassen, ein Fortschritt erzielt werden könne, zumal wenn dieses Anerbieten auch eine genaue Bürgschaft über die Fortsetzung der Zahlungen enthalten würde. Frankreich gab mehr als einmal zu verstehen, daß es gewillt sei, einen solchen deutschen Vorschlag entgegenzunehmen, ganz gleich, ob er Frankreich allein oder auch seinen Alliierten mitgeteilt wird. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß ein solcher Vorschlag gemacht wird und je eher er gemacht wird, desto besser wird es für alle Beteiligten sein. Das ist der Kern des Rates, den ich andauernd der deutschen Regierung gegeben habe, und ich sehe keinen Grund, an ihrer Weisheit zu zweifeln. Sobald Schritte unternommen werden, wird Englands Hilfe sich für beide Parteien zeigen, und ich hoffe, daß auf dieser Linie noch eine Lösung gefunden werden kann. Ich sehe die Tür noch nicht als endgültig geschlossen an. Die Anstrengungen im Ruhrgebiet lasten schwer auf den Hilfsquellen der beiden Parteien und wenn dies andauert, muß das die Beziehungen der beiden großen Völker zueinander gefährden. Zwischen beiden Ländern muß irgend eine Art von Konkordat hergestellt werden, wenn es irgend etwas wie Frieden oder Regelung in Zukunft geben soll.

Ich glaube, so sagte Curzon zum Schluß, ich habe auf beiden Seiten Symptome wenn auch nicht für ein Zusammenkommen, so doch wenigstens für eine Bereitschaft, die Bedingungen einer zukünftigen Regelung in Erwägung zu ziehen oder gar zu besprechen, wahrgenommen. Wir werden weiterhin unser Bestes tun, um die Entwicklung dieser Symptome zu ermutigen. Ich bin voller Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, wo unser Einfluß und unsere Autorität mit Nutzen in der Richtung eingesetzt werden können, daß sie die beiden Hauptparteien zu einer Besprechung zusammenbringen und zur Entwicklung eines Planes, der nicht auf eine gegenwärtige Lösung abzielt, wohl aber auf die Behandlung des wichtigen Problems, das ein Welt- und ein Friedensproblem ist.

#### Das wahre Gesicht.

Der Brüsseler „Peuple“ veröffentlicht einen Brief des Generals Pershing an den Präsidenten Wilson über die Umtriebe im Rheinlande im Jahre 1919. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Paris, 22. Mai 1919.

Wester Herr Präsident!

Ich erhalte soeben von dem kommandierenden General der Okkupationsarmee eine Volkshaft, in der er mir folgende Tatsache mitteilt:

Heute Morgen schickte General Mangin, der Oberbefehlshaber der französischen Armee in Mainz, einen Hauptmann seines Stabes nach dem Hauptquartier des amerikanischen Generals Bigot in Koblenz, um ihn zu fragen, welches unsere Haltung bei einer politischen Revolution auf der Westseite des Rheines sein würde, die den Zweck habe, eine freie Rheinrepublik, unabhängig von Deutschland, zu gründen. Er fragte ihn, welches die amerikanische Stellungnahme zu einer neuen demokratischen Republik sei. Der Stabsoffizier erklärte, daß die Franzosen fünfzig Deputierte auf ihrer Seite hätten, die sich bereit hielten, um in das amerikanisch besetzte Gebiet geschickt zu werden und die Revolution zu entfesseln. Der genaue Sinn des Wortes „deputé“ ist nicht gut zu verstehen, es steht aber genau fest, daß es Franzosen sein müssen. General Bigot weigerte sich sehr richtig, diesen Vorschlag zu prüfen, und ich billige sein Verhalten. Ich habe ihm Instruktionen gegeben, dahingehend, nicht den Zugang zu unserem Sektor für politische Agitatoren zu gestatten, welches auch die Persönlichkeit sei, nach deren Ordres sie zu handeln vorgeben.

Aufrichtig der Ihre  
(gez.): James I. Pershing.

Dieser schreibt die „Frkf. Ztg.“ in ihren „Bemerkungen“ der Nr. 284 folgendes:

Präsident Wilson schrieb an Clemenceau, daß er das Verhalten des Generals Bigot vollkommen billige.

Der Brief des Generals Pershing gibt einen neuen sehr wichtigen Beleg für die vom offiziellen Frankreich immer wieder bestrittene Tatsache, daß die Bestrebungen, eine Rheinrepublik zu schaffen, lediglich eine Mach- der französischen Besetzung darstellen. Der französische General Mangin hatte 1919 50 Deputierte auf seiner Seite, die (von Frankreich) nach Koblenz geschickt wurden, um dort die Revolution zu entfesseln. Eine bessere Widerlegung des Dünkirchener Täuschungsversuchs Poincarés läßt sich nicht denken. Frankreich, das die Menschenrechte proklamiert und der Völkerverantwortlichkeit den vollkommensten Ausdruck gegeben hat, wollte nach den Gesandnissen, die es 1919 seinen Verbündeten machte, die Traktionen der Revolution so mißbrauchen, daß es eine vollkommen künstliche Revolte für einen Aufstand des rheinischen Volkes ausgeben hätte, um dieses Volk zu verewaltigen.

#### Zum Aufruhr in Mülheim.

Im Laufe des gestrigen Mittags sind im Rathaus zu Mülheim die verhafteten Sozialisten vernommen worden. Ihre Zahl hat sich durch die Durchsuchung der verdächtigen Quartiere erhöht und beträgt zurzeit etwa 50. Aus ihren Aussagen geht laut „R. B. Landesztg.“ hervor, daß man eingehende Verabredungen getroffen hatte, und daß tatsächlich der Plan bestand, das Rathaus zu besetzen und die Gerechtigkeit über die Stadt an sich zu reißen. Die Meldung über die Entsendung von Schutzpolizei von Duisburg nach Mülheim ist nicht richtig. Von authentischer Seite wird erklärt, daß allerdings der Plan bestand, den im Rathaus in Mülheim umzingelten Beamten durch Schutzpolizei von Duisburg aus Hilfe bringen zu lassen. Man wandte sich an den General in Bredeheyde um die Erlaubnis, uniformierte Beamte im neubefestigten Gebiet zu verwenden. Die Erlaubniserteilung wurde abgelehnt, doch wurde bemerkt, daß General Denbigher in Düsseldorf zuständig für diesen Fall sein würde. Das dort hin gerichtete Gesuch ist glattweg abgeschlagen worden. Es hat sehr starke Befremdung in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung hervorgerufen, daß die Franzosen die Kommunisten mit ihren Waffen in der Hand unbelästigt auf den Straßen liegen, umso mehr, als jetzt bekannt wird, daß während der Aktion deutschen Kriminalbeamten, die als solche erkannt wurden, von den Franzosen der kleine Dienstrevolver abgenommen worden ist. Die ganze Mülheimer Aktion war also ein Kampf mit recht verschiedenen Mitteln. Die deutschen Beamten befanden sich dabei auf derjenigen Seite, die stark gehandhapt war.

In Mülheim ist es, abgesehen von einigen Zwischenfällen bis abends ruhig geblieben. Es erfolgten neue Festnahmen. Bei den Zusammenstößen wurden drei Polizisten verletzt. In Darmen sind Demonstrationen ohne Zwischenfall verlaufen.

Die Vermutung, daß die Aufläufe in Mülheim von den Franzosen gern gesehen und gefördert worden sind, wird durch das in Essen erscheinende kommunistische „Ruhredo“ bestätigt. Das Blatt teilt mit, daß sich die aus reichen Geldquellen gespeiste französische Propaganda jetzt auf die Arbeitslosen zu konzentrieren scheint, und daß die französischen Imperialisten offenbar aus dem Kampfbroschüren eine Streikbrechergarde gegen die kämpfenden Arbeiter schaffen wollen. Das „Ruhredo“ berichtet weiterhin, in einer Arbeitslosenversammlung sei mitgeteilt worden, daß die französische Behörde den Arbeitslosen erklärt habe, sie könnten machen, was sie wollten, man habe völlige Sympathie für sie und werde sie unterstützen. Das Blatt warnt die Arbeiter davor, sich durch diese Freundschaftsbeteuerungen beeinflussen zu lassen. Es betont wiederholt, daß die Kommunisten, deren zeitweilige Beteiligung an der Sache nicht bestritten wird, für den Gang der Dinge nicht verantwortlich seien.

Diese Stellungnahme des kommunistischen Organs deutet, wie die „Frankf. Ztg.“ dazu bemerkt, darauf hin, daß die linksradikalen Elemente die ganze Aktion in Duisburg und Mülheim, bei der die Arbeitslosen als Vorspann benutzt wurden und dann in wilde Gewalttätigkeiten ausartete, für dem Augenblick verloren geben. Die Aufrührer haben ihre Verbundenheit auch weiterhin in den französischen Kasernen untergebracht.

# Deutscher Reichstag.

Beginn der Sitzung 2 Uhr nachmittags. — Die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird der fakt. leeren Kassen fortgesetzt.

Abg. Richter (D. Sp.)

warnt entschieden vor der Konfiskationspolitik, wie sie Dr. Gorch fordert. Das liefe auf die gleiche Politik hinaus, die Frankreich an der Ruhr zurzeit betreibt, und was diese Politik schließt auch für die Arbeiter bedeutet, liegt klar zutage. Deshalb heiße es: Zurück zu den alten Heim-Gardenbergschen Grundrissen. Die Bemühungen des Kabinetts um die Mark-Notulose, vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen heiße seine Partei gut. Die wirtschaftliche Not sei größer als zu irgend einer Zeit des Krieges. Daher sei es sein Wunsche, wenn der verarmte Volk nicht mehr in der Lage war, die Schatzkammer ganz aufzunehmen. Dazu kommen die Querebenen und Drohungen der Franzosen, welche allerlei Beschränkungen erzwängen, vielleicht wäre es richtiger gewesen, sich von vornherein nicht auf 50 Millionen Dollar festzulegen. Immerhin sei das Ergebnis von 12 1/2 Millionen als wesentliche Hilfe zu begrüßen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation dürften ebenfalls nicht ganz ihren Zweck erfüllen, zumal ja dieselben Spekulanten nicht nur an der Berliner Börse, sondern auch im Auslande tätig sind. Jedenfalls habe es keinen Zweck, künstlich einen Dollarkurs zu fixieren, den man nicht immer halten könne. Vom Handel könne man natürlich nur einen schrittweisen Abbau erwarten, und wir könnten ja bereits auf vielen Gebieten ein Abbröckeln der Preise feststellen. Jedenfalls danken wir dem Minister, daß er durch Ermäßigung der Kohlensteuer diesen Bestrebungen weiter die Wege geebnet hat und fordern ihn auf, auf dem einmal beschrittenen Wege fortzufahren, getreu seinem Programm, Politik auf lange Sicht zu treiben. Daß mit dem Preisabbau ein Lohnabbau Hand in Hand gehen müsse, sei klar.

Redner fordert einen zweckmäßigeren Ausbau der Ausfuhrkontrollstellen. Jedenfalls müsse verhindert werden, daß durch diese Stellen Fabrikationsgeheimnisse publik werden. Im übrigen warnt Redner vor sogenannten Notverordnungen, die aus dem Armele geschüttelt werden. Dazu scheint auch die neue Verordnung über die Devisenangelegenheiten zu gehören; denn sie werde doch nur den Christen treffen. Ohne Beseitigung der feststehenden Verhältnisse werden alle Bemühungen um Besserung unserer Welt unnütz bleiben. (Beifall.)

Abg. Reinath (Dem.):

Das Wirtschaftsleben steht noch immer unter dem Druck von Versailles. Die Kapitalwerte von Aktien sind von 31 Milliarden Goldmark auf 4,6 Milliarden nach dem Kriege gesunken. Die Ausfuhr ist schon auf 40 Prozent der Kriegszeit gefallen. Wie wollen wir da die Werte, die uns fehlen, wieder herbeibringen? Das sind die Folgen der Wegnahme unserer Außenwerte. Diese Katastrophe und die politischen Ereignisse haben die Geldentwertung und damit den Ruin der Reichsfinanzen herbeigeführt. Berührt wäre es, auch hierfür unter allen Umständen den Schuldigen in Deutschland zu suchen. Der deutsche Unternehmer ist schon lange nicht mehr Subjekt, sondern nur noch Objekt unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Der Unternehmer hat genau die gleichen Verluste wie der Konsument.

## Die Notverordnung.

Wie die B. Z. erfährt, sind die Vorbereitungen für die Notverordnung der Reichsregierung in vollem Gange. Als beteiligte Ressorts kommen in Frage: Das Reichsfinanzministerium im engsten Einvernehmen mit der Reichsbank und der Reichsbank. Es ist anzunehmen, daß die Notverordnung im Verlauf der nächsten Woche fertiggestellt sein wird. Ihr Inkrafttreten erfolgt durch einen Erlass des Reichspräsidenten. Einzelheiten der Verordnung stehen im Augenblick noch nicht fest.

Die Regierung hat die Maßnahmen, die sie zur weiteren Stützung der Mark plant, mit den Parteiführern und Vertretern von Industrie und Wirtschaft erörtert. Der „Vorwärts“ teilt zu diesen Besprechungen ergänzend mit, daß die Regierung in der Frage, ob eine Devisenzentrale wieder zu errichten sei, nicht einig sei. Es dürfte richtig sein, daß das erscheinende Ministerium die Einrichtung einer Devisenzentrale für notwendig halte und sie als die Voraussetzung einer erfolgreichen Weiterführung der Stützungspolitik betrachte. Wenn behauptet würde, daß die Sozialdemokratie sich mit allen Maßnahmen der Reichsregierung einverstanden erklärt habe, so sei das nur teilweise richtig. In Wirklichkeit verlangen die Sozialdemokraten eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Regierung zu unternehmen nicht beabsichtigt.

## Zum Essener Blutbad.

Eine Antwortnote Poincarés.

Die französische Regierung beantwortete den deutschen Protest vom 4. April gegen das am Osterfesttag von den französischen Truppen auf den Kruppischen Werken in Essen gerichtete Blutbad mit folgender, an den deutschen Geschäftsträger in Paris gerichteten Note vom 18. April:

Ihre Schreiben vom 4. April, womit Sie mir Bemerkungen Ihrer Regierung über die Zwischenfälle mitteilen, die sich am 31. März in Essen abgespielt haben, enthält unrichtige Behauptungen, zu deren Berichtigung ich mich nach sehr genauen Feststellungen der von mir angeordneten Untersuchung für verpflichtet halte. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Automobilhalle der Kruppischen Werke nicht in der Mitte des Fabrikgebäudes, sondern sich am Rande einer Straße befindet. Die Besetzung der Halle durch eine französische Abteilung, die mit der Requisition der Automobile beauftragt war, konnte deshalb die Tätigkeit der Arbeiter in keiner Weise hören. Der Offizier, der die Abteilung befehligte, teilte überdies sofort nach seinem Eintreffen, also um 7 Uhr morgens, den Zweck seines Auftrags dem Chef der Automobilhalle mit. Es konnte deshalb kein Zweifel über den Grund seiner Anwesenheit bestehen, die von den Arbeitern überhaupt nicht bemerkt worden wäre, wenn sie nicht konstatiert worden wäre. Erst um 9 Uhr traten die Sirenen infolge der Besprechungen zwischen dem Betriebsrat und der Werkleitung in Tätigkeit, wodurch die Arbeiter genötigt wurden, die Werkstätten zu verlassen und sich um die Automobilhalle zu sammeln. Die Menge beobachtete zuerst eine verhältnismäßig ruhige Haltung; jedoch traten Redner auf, die Ansprachen hielten und die Menge gegen den Offizier und die von ihm befehligte Abteilung aufreizten. Auf diese Aufreizungen, für welche die Werkleitung verantwortlich ist, muß die feindselige Haltung zurückgeführt werden, die von der Menge der Arbeiter in immer zunehmendem Maße eingenommen

Redner fordert eine größere Einheitsfront in der Bekämpfung der Preistreiber. Im Großhandel seien die Preise durchschnittlich um 50 Prozent gesunken, im Einzelhandel sei das nicht möglich, da die Städte und Behörden mit ihren Abgaben und Taxen gleichzeitig hinaufgegangen seien. Meine Partei unterstützt die Stützungspolitik der Mark ganz energisch. Leider seien nicht alle Maßnahmen zweckmäßig gewesen. Er erinnere an die unglückselige Devisenordnung, mit der niemand etwas rechtes anzufangen wußte. Die Schaffung werbeständiger Inlandswerte sei nach seiner Ansicht nur zu begrüßen. Nötig ist eine Steigerung der Ausfuhr nicht nur bezüglich des Preises, sondern vor allem bezüglich der Menge, also ein Ausbau der Ausfuhrverbote und der Ausfuhrkontrolle. Das Nebeneinander des Reichswirtschaftsrates, des Reichsrates und des Reichstages in wirtschaftlichen Fragen sei undenkbar. Im übrigen erachte seine Partei von dem Minister, daß er die deutsche Wirtschaft ohne schwere Erschütterungen über die Krisis hinwegbringen werde.

Abg. Geibemann (Komm.) bezeichnet das Regierungsprogramm als das Stimmesprogramm und bedauert, daß sich die Sozialdemokratie zum Schlichter dieses Programmes mache. Bedauerlich sei, daß das Volk im Unklaren darüber gehalten werde, wer denn eigentlich die Billion aufbringen solle, welche die Inflation koste. Was das Ministerium bisher geleistet habe, seien Mißerfolge, von der Zwangsleihe bis zur Dollarleihe. Die Industrie wolle eben die Stützungspolitik der Mark nicht, und es ist eine Illusion, wenn hier im Laufe so stark betont wird, als stünde die Industrie geschlossen hinter der Regierung. Nur eine Arbeiterregierung, welche die Befreiung der Schwere vornimmt, kann hier helfend eingreifen.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Wenn die Regierung den Wünschen gewisser Kreise auf Steigerung des Dollarkurses nachgibt, dann kommen wir um Lohn erhöhungen nicht herum. Eine Stützungspolitik zu einem Dollarkurs von 30 000 hat für uns nicht den Wert wie von 20 000. Darum muß den Menschen, die den Kurs hinaufreiben wollen, energisch entgegengetreten werden. Wir billigen daher die Stützungspolitik der Regierung und der Konzentration, die dazu geführt habe, aus den Kartellen eine politische Macht zu machen. Gehen wir der Spekulation nicht energisch zu Leibe, dann kommen wir aus der Weltmarkterrettung nicht heraus. Ein alter Wunsch nach Schaffung werbeständiger Anleihen, der früher so wenig Gegenliebe fand, hat heute sogar die Zustimmung der Demokraten gefunden.

Das anfängliche Vorgehen der Reichsbank und die Beschränkung des Kredits sei das allein Richtige gewesen. Leider haben Reichsbank und Regierung dem Geheimnis über die Notwendigkeit reichere Kredite nur zu bereitwillig nachgegeben. Auch das Geschrei, daß wir auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren könnten, ist falsch. Und darum müssen unsere Preise umgerechnet werden? Die Ausfuhrabgabe ist im Verhältnis zu den Preisen im allgemeinen zu gering und kann bestehen bleiben. Im übrigen sind die Materialienpreise viel höher gestiegen als dementsprechend die Löhne. Wir müssen mit einer erheblichen Preisoberhebung auf allen Gebieten vorangehen; denn die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen die Preistreiber steigt immer mehr.

Hierauf vertagt sich das Haus nach 6 Uhr auf Samstag vormittag 10 Uhr: Gesehntwurf betr. Sprengung von Versammlungen.

wurde. Die Arbeiter schwenkten Spazierstöcke und Revolver und begannen Steine und Koksstücke auf die französischen Soldaten niederzuwerfen zu lassen. Der Offizier wurde sogar an der Hand getroffen. Andererseits begab sich ein Teil der Aufwiegler hinter das Gebäude, um die französische Abteilung rückwärts zu lassen, während eine Lokomotive an die äußere Mauer herangeführt und Dampfströme in die Halle geleitet wurden, um die Besatzungsabteilung zu verdrängen. Der Offizier verlor trotz der sehr kritische Lage, in der er sich befand, keinen Augenblick seine Kaltblütigkeit, obwohl er von allen Seiten umringt und bedroht war, überwältigt zu werden. Der Offizier veranlaßte die vorchriftsmäßigen Warnungen in deutscher Sprache. Als diese Warnungen ohne Wirkung blieben, ließ er zwei Schüsse in die Luft geben. Dann erst befahl der Offizier eine Salve, wobei er absichtlich als Zielpunkt den oberen Rand der Einfahrt der gegenüberliegenden Mauer anging. Dadurch wurde es möglich, die Zahl der Opfer auf das Äußerste zu beschränken. Die Abteilung konnte sich alsdann in guter Ordnung zurückziehen. Ich füge hinzu, daß die Augenzeugen die Richtigkeit der Tatsachen, wie ich mich beehrt habe, sie vorstehend wiederzugeben, bestätigen. Diese Darstellung scheint keinen Zweifel über die Absicht der Werkleitung und einiger Parteigänger bestehen zu lassen, aus Anlaß der völlig normalen Requisitionsmäßnahmen einen Zwischenfall herbeizuführen, für den sie die Verantwortung tragen muß.

Genehmigen Sie usw. gez.: Poincaré.

## Die deutsche Erwiderung.

Die Reichsregierung beauftragte den deutschen Geschäftsträger in Paris, die vorstehende französische Note wie folgt zu beantworten:

Die deutsche Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung, die bisher die deutschen Proteste gegen das Vorgehen ihrer Truppen im Ruhrgebiet unbeantwortet gelassen hat, sich jetzt veranlaßt sieht, zu den blutigen Ereignissen die sich am Osterfesttag in Essen abgespielt haben, amtlich Stellung zu nehmen. Die Ausführungen der französischen Antwortnote können jedoch nicht als zutreffend anerkannt werden. Die der deutschen Regierung inzwischen noch zugegangenen Nachrichten bestätigen die Darstellung der deutschen Note vom 4. April in allen Punkten, auf die es für die Beurteilung des Sachverhalts ankommt, als richtig. Das gilt insbesondere von den Gerichtsprotokollen über die eidliche Vernehmung von mehreren Arbeitern und Angestellten der Kruppischen Werke, die Augenzeugen der Vorfälle gewesen sind.

Die deutsche Regierung ist bereit, beglaubigte Abschriften dieser Vernehmungsprotokolle der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen, falls auch diese ihr Beweismaterial herausgibt. Um jedoch ohne jede Verzögerung zu der von beiden Seiten anzuerkennenden Feststellung des Tatbestandes zu gelangen, schlägt die deutsche Regierung die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission vor, die gemäß dem Saager Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auf alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte. Obwohl die deutsche Regierung den Antrag auf Einsetzung einer solchen Kommission anlässlich zweier früherer Vorfälle im Ruhrgebiet vergeblich gestellt hat, erwartet sie, daß sich die französische Regierung jetzt einem internationalen Untersuchungsverfahren nicht entziehen wird. Die französische Regierung wird nicht behaupten wollen, daß der Zwischenfall von Essen seine einwandfreie Aufklärung in dem kriegsgerichtlichen Verfahren fin-

den könnte, wie es anscheinend gegen die noch immer in Haft befindlichen 3 Mitglieder der Direktion der Kruppischen Werke durchgeführt werden soll. Da es sich um die Frage handelt, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, würde ein aus Angehörigen dieser Truppen gebildetes Kriegsgericht zugleich Partei und Richter sein.

## Nationalfeiertag und Gedenktag für die Toten.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Feier- und Gedenktage. Einmütig wurden als weltliche Feiertage der 11. August, und zwar als Nationalfeiertag für die Verfassungsfeier, und der 6. Sonntag vor Ostern als Gedenktag für die Toten des Krieges bestimmt. Das Gesetz stellt den Grundtag auf, daß weltliche Feiertage nur durch Reichsgesetz eingeführt werden dürfen, wobei allerdings eine Ausnahme für die Feier des 1. Mai gemacht wird. Weltliche Feiertage sollen auch in Zukunft durch das Landesrecht bestimmt werden können mit der Ausnahme, daß das Gesetz selber eine Reihe von Tagen reichsrechtlich als religiöse Feiertage ändert und anerkennt. Diese sind der Neujahrstag, der Simultaneitag der Karfreitag beziehungsweise der Fronleichnamstag und weiter wurde auf Antrag des früheren preussischen Kultusministers Trost zu Solz auch der Büchtag aufgenommen, soweit dieser vor dem 1. Januar 1923 bereits landesrechtlicher Feiertag war. Reichsgesetzliche Feiertage sind weiter die üblichen Feiertage zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Weiter nahm der Reichsrat eine Verordnung an, welche die bisherigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge allgemein um 60 Prozent erhöht.

## Der bayerische Justizminister in Berlin.

Von amtlicher Seite wird laut „Bos. Zig.“ erklärt, daß die Behauptung, die bayerische Staatsregierung habe den Vollzug der Strafbefehle gegen die Redakteure Edart und Weger abgelehnt, unrichtig sei. Die Haltung der bayerischen Staatsregierung in dieser Angelegenheit ergebe sich aus ihrer amtlich bekanntgegebenen Stellungnahme. Der bayerische Justizminister war in Berlin. Die Reise war schon seit 14 Tagen beschlossen und galt lediglich der Besprechung über die Justizreform. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage des Staatsgerichtshofes und die Beurlaubung, die in rechtsnationalen Kreisen herrscht, wohl zur Sprache gebracht worden sein.

## Das Treiben der Nationalsozialisten.

Aus Weimar wird dem „Volkswort“ berichtet: Auf die Anfrage eines bürgerlichen Abgeordneten wurde in der letzten Sitzung des thüringischen Landtags vom Minister des Innern, Herrmann, folgende Antwort erteilt:

Das in Weita, Meiningen, Hildburghausen, Ammenau und Arnstadt beschlagnahmte Material der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bezw. der Deutschen Freiheitspartei hat derartig schwerwiegende Aufschlüsse herbeigeführt, daß sich die Staatsanwaltschaft genötigt gesehen hat, das gesamte Material unter dem 31. März 1923 dem Herrn Oberstaatsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig vorzulegen, da aus dem gefundenen Material hervorgeht, daß die durch das Material belasteten Organisationen und Personen sich des Hochverrats, der Geheimbündelerei, der Organisierung bewaffneter militärischer Verbände und schwerer Verbrechen gegen den § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik schuldig gemacht haben. Dieses Material, wie auch das im Besitz des preussischen Ministeriums des Innern befindliche Material ergeben ein klares Bild über folgende Tatsache:

1. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat versucht, in Thüringen Hunderttausenden militärischer Natur zu organisieren.
2. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist in Thüringen nur gegründet, um die in Thüringen gebotene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu ersetzen resp. zu unterstützen.
3. Wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihren Hunderttausenden, so hat die Freiheitspartei ihrerseits versucht, in Thüringen Kampfororganisationen zu bilden. Diese Kampfororganisationen führen offiziell den Namen Turnerschaften und haben ausgesprochenen militärischen Charakter.
4. Sowohl die Hunderttausenden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, wie auch die „Turnerschaften“ der Deutschen Freiheitspartei sollen im Sommer ausgebildet werden.
5. Das vom Polizeipräsidentium Berlin, Abteilung Ia aufgedeckte und dem Oberstaatsanwalt vorgelegte Material gibt Aufschluß darüber, daß am 17. März in Potsdam in einer Besprechung der Offiziere die Absicht zum Ausdruck brachte, den Bürgerkrieg für Ende März, Anfang April in die Wege zu leiten. Bis zum 28. März 1923 sollten die Kampfororganisationen der Deutschvölkischen Freiheitspartei Aufstellungen über die vorhandenen Waffen machen.
6. Die Geständnisse in Thüringen Verhafteter ergeben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren Mitgliedern und Organisationen in Thüringen Anweisung gegeben hatte, alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und solche Waffen, die sie aus befreundeten Kreisen heranziehen konnten, scheinunglos an die in Nordthüringen stehenden Kampfruppen der Nationalsozialisten abzugeben. Mitglieder bezw. Organisationen haben den Befehl, sich auf ihnen zum kommenden Winter hin unverzüglich in Nordthüringen zu melden.
7. Eine Reihe weiterer Vorgänge wie die Verhaftung der Kuriers in Weita, die Auffstellung eines Jägerregiments Oberfranken mit Jügen und Halbjuügen, die in Thüringen gebildet worden sind, u. a. ist der Öffentlichkeit durch das Presseamt bekanntgegeben worden.

## Kurze Nachrichten.

- \* Die Beurteilung von Redakteuren. Der Redakteur Doerter der „Dortmunder Zeitung“ wurde wegen Artikel in der „Dortmunder Zeitung“ über die Vorfälle in Buer zu einem Jahr Gefängnis und 3 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.
- \* Das Militärgericht in Dortmund hat den Chefredakteur Kemmer vom „Märkischen Sprecher“ zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.
- \* Reichsbahn und Ruhrbesetzung. Der Reichsbahnverkehrsminister teilte dem Deutschen Industrie- und Handelsrat auf seine Vorstellungen hin mit, daß die Reichsbahndirektion ermächtigt seien, von der Erhebung der Gebühren für Unbestellbarkeitsmeldungen und für die Ausführung der Anweisungen der Abfender (Abschnitt XII des Nebengebührenvertrages) abzusehen, wenn das Ablieferungs- oder Beförderungsbehindernis auf den Einbruch der Franzosen oder Belgier zurückzuführen sei.

# Badische Wochenrückblicke.

**Badischer Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat** — Heidelberg und der Neckaranal — Neue Kraftwerkpläne: Oppenau, Bad Peterstal, das Bierbach-Projekt — Vom neuen Überlinger Kraftwerk, ein Bauunglück — Die Flößerei auf dem Rhein.

Vom Staatsministerium ist ein Badischer Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat ernannt worden, der sich aus einem Vertreter des Innenministeriums und aus Mitgliedern der Wasser- und Straßenbauverwaltung, der geologischen Landesanstalt und der Domänen- und Forstverwaltung, des Finanzministeriums zusammensetzt, ferner aus je einem vom Kultusministerium berufenen Vertreter der Volkswirtschaftslehre, des Wasserbaus und der Elektrotechnik an den Hochschulen, aus zwei vom Industrie- und Handelstag, einem vom Handwerkskammertag und zwei von der Landwirtschaftskammer bezeichneten Mitgliedern, aus je einem vom Städteverband, dem Städtebund, dem Verband Badischer Gemeinden und dem Vorort der Kreise bezeichneten Mitglied, aus vier Vertretern der größeren Elektrizitätswerke des Landes, aus je einem Mitglied der Reichsbahndirektion, der Landesoberbehörde, der Landesvereinigung technischer Berufe Baden.

Ferner entsenden je ein Mitglied die Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, der Rheinisch-schwarzwälder Konfession, die Landesgruppe Baden des Südwestdeutschen Kanalvereins, die Fischereibereine, der Verein Badische Heimat, die Groß- und Kleinflößereistreibenden, die Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen. Weiter werden noch vom Arbeitsministerium 10 Mitglieder zu dem Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat ernannt. Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt 4 Jahre.

Kürzlich berichteten wir an dieser Stelle über den Stand der Arbeiten am Neckaranal, in besonderer Rücksicht auf Mannheim und den Weiterbau der stillgelegten Staustufe Heidenheim-Abenheim. Nun befaßt sich auch der Verkehrsverein von Heidelberg in seiner letzten Hauptversammlung mit dem Neckaranalprojekt der Heidelberger Staustufe. Im Neckaranalprojekt war eine Staustufenanlage an der Heidelberger Heide vorgesehen, gegen deren Ausführung der Verkehrsverein im Interesse des Stadtbildes Stellung genommen hatte. Es war beabsichtigt, nach Anhörung von Sachverständigen im Laufe des Winters nochmals zwecks Klärung der Frage eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Es erschien, angesichts der wirtschaftlichen Notlage von Reich und Land, ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit an eine Verwirklichung des Staustufenprojekts herangetreten werden kann. Im Augenblick wird auf badischem Gebiet bei Heidelberg und auf württembergischem Gebiet bei Neckaralben eine Staustufe gebaut, die einen Milliardenkosten aufwand verursacht. Im übrigen müßte wohl weiterhin der Ausbau des Neckarals in einem Zuge durchgeführt werden, um der Schiffsahrt nicht allzu großen Schaden zuzufügen.

Neue Kraftwerkpläne regen sich im hinteren Neckartal. Wir lasen kürzlich von einer öffentlichen Versammlung in Oberkirch, wo die Frage der Errichtung eines Bezirkskraftwerkes besprochen wurde. Die Gemeinde Oppenau hat das Entschlossen erachtet und die Erstellung eines Kraftwerkes in Aussicht genommen, wozu der Bürgerausschuß bereits einen außerordentlichen Holzhaib genehmigt habe. Auch die Gemeinde Bad Peterstal beabsichtigt, ein eigenes Elektrizitätswerk zu erstellen, dem sich auch Griesbach anschließen will. Wie aus der Versammlung hervorgeht, besteht besonderes Interesse für das sogenannte Bierbach-Projekt, von dem man eine Jahreserzeugung von 4 Millionen Kilowattstunden erwartet. Bereits ist ein Ausschuß eingesetzt worden, dem die Vertreter der beteiligten Gemeinden und der Industrie, neben Sachverständigen, angehören, und welcher die Angelegenheit weiter verfolgen wird. Man hofft, die in die Milliarden gehenden Kosten bei Erstellung des Bierbach-Projektes durch umfassende Holzhaibe größtenteils decken zu können.

Die Arbeiten am neuen Überlinger Kraftwerk, an dem Heinenöwinger Sammelbecken sind nahezu vollendet, ebenso ein Teil anderer Arbeiten. In den letzten Tagen wurde der Untergrund des Staubeckens durch große Schrammen, die man aus dem Gestein durch Düngringermahlung gewinnt, ausgedichtet. Auch die Arbeiten am Elektrizitätswerk am Manteleisen werden ihrer Vollendung entgegengeführt. Diese Woche ereignete sich bei den Kanalarbeiten am Speicherkraftwerk ein schweres Unglück. Ein etwa 9 Meter tiefer Graben stürzte auf einer Strecke von 5 bis 6 Metern in sich zusammen. Die Erdmassen drückten die Arbeiter an dieser Stelle befindlichen Arbeiter. Drei Mann wurden tot geborgen, während 4 leichtere Verletzungen erlitten. Offenbar hatte der langanhaltende Regen die Verbrüchung unterirdischer und so den Graben zum Einsturz gebracht. Wie inzwischen gemeldet werden kann, ist das Befinden der ins Überlinger Krankenhaus verbrachten verletzten Arbeiter befriedigend. Aber die direkte Ursache des eingetretenen Unglücks ist genauer noch nicht festzustellen gewesen. Wie jedoch der „Seebote“ schreibt, ist es nicht erklärlich, warum die Rheinische Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft Mannheim nicht eine Veranschlagung dieser Gräben von so erheblicher Tiefe vorgenommen hat. Von der Bauleitung des Kraftwerkes soll erst wieder am Tage vor dem Unglück erneut angesichts der großen Niedererschläge der letzten Tage die bauende Firma telephonisch und schriftlich auf die dringende Notwendigkeit der Veranschlagung hingewiesen worden sein. Die Bauarbeiten sind an dem betreffenden Abschnitt nunmehr bis zur endgültigen gerichtlichen Feststellung eingestellt worden.

Die Flößerei auf dem Rhein, die immer mehr zurückgeht, wird durch die neuen Kraftwerkprojekte ebenfalls in Mitleidenenschaft gezogen. Der Bau der weiteren Rheinkraftwerke bei Schwörstadt, Dögern und Redingen scheint der Flößerei den Todesstoß zu verheben, insofern, als die Erstellung von Flößplätzen zum Weiterbetrieb der Flößerei nicht vorgezogen ist. Auch von der Anlage von Flößplätzen soll doreist abgesehen werden. Aber diese Frage wird allerdings die badisch-schweizerische Kommission noch endgültig zu entscheiden haben. Für den Fall, daß von der Erstellung der Flößplätze tatsächlich abgesehen werden müßte, soll ein entsprechender Vorbehalt gemacht werden, der eine dringende Anlage für eine spätere Zeit vorseht, wenn die Flößerei wieder mehr in Gang gekommen sein sollte. — Aber, und das wollen wir nicht hoffen, nicht mehr in Gang gebracht werden kann.

# Badische Übersicht.

## Finnisches und Bolivianisches Konsulat.

Am 11. wird uns gemeldet: Herr Napoleon Roca ist zum Bolivianischen Generalkonsul in Hamburg und Herr Dr. Holmar Gads zum Finnischen Generalkonsul mit dem Amtssitz in Berlin ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird es zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

## Mannheim.

### Warenverkehr im besetzten Mannheimer Hafengebiet.

Nach einer französischen Verordnung, die bisher noch nicht zur Veröffentlichung gelangt ist, ist der Warenverkehr in dem besetzten Hafengebiet ohne Bewilligung des französischen Konsulats auf der Straße verboten. In Ausführung dieser Verordnung, die von den Franzosen insbesondere im Industrie- und Handelsbereich streng durchgeführt wird, ist es daher unmöglich, Waren von einem Betrieb nach dem andern zu verbringen.

## Offenburg.

### Die Besetzung von Ortenberg.

In einem Priv.-Tel. schreibt die „N. N. Landesztg.“ folgendes: Nachdem in den letzten Tagen die Befürchtungen von einer weiteren Besetzung sich lundgetan hatten, erfolgte gestern morgen ein sühlicher Vorstoß der französischen Truppen. In den ersten Morgenstunden rückten Truppen aus Offenburg, die in den letzten Tagen verstärkt worden waren, in südlicher Richtung des Schwarzwaldes vor und besetzten eine Anzahl Orte, darunter auch Ortenberg, wo sich in der letzten Zeit der gefährliche Verkehr Offenburgs abwickelte hatte. Es ging den Franzosen besonders darum, die Rhein- und Ruhrhäufe zu unterbinden, und sich der Eisenbahnlinie zu bemächtigen, zumal am gestrigen Tage der Auszahlungstermin der Eisenbahnbeamten und Arbeiter war. Infolge des französischen Eingriffs wurde der Verkehr fast vollständig. Auf den Landstraßen sammelten sich infolge des hermetischen Abzuges der besetzten Orte Fuhrwerke, Autos und Passanten mit Fahrrädern zu Hunderten an. Die Passanten und Fuhrwerke wurden in die Orte hineingelassen, konnten aber nicht wieder herauskommen. Die Besetzungstruppen besetzten beispielsweise in Ortenberg die provisorische Postanstalt, den Bahnhof, das Bürgermeisteramt und die Galtwirtschaft „Zur Krone“. Der Wirt Stiegler wurde festgenommen und nach dem Rathaus gebracht, wo er einem Verhör unterzogen wurde. Das Verhör sollte ergeben, ob in der „Krone“ Eisenbahnauszahlungen stattgefunden hätten. Ferner wurde ein Eisenbahnsekretär festgenommen, der in den letzten Tagen die Auszahlung der Eisenbahngelder übernommen hatte. Ein bereitstehender Personenzug wurde mit Maschinenabwehr am Weiterfahren verhindert. Die Passagiere mußten die Abteile verlassen. Gelder wurden nicht gefunden. Gegen Mittag wurde der Verkehr auf Post und Bahn in Ortenberg wieder freigegeben.

Seit Freitag abend befinden sich keine französische Truppen mehr in Ortenberg. Dagegen wurde dem Bürgermeister von Ortenberg von den Franzosen mitgeteilt, daß Ortenberg zum besetzten Gebiet erklärt wird. Ein Bahnbauer wurde von den Franzosen festgenommen und ihm ein größerer Geldbetrag abgenommen.

## Suspendierung der Kapitalertragsteuer.

PA. Aus dem Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen ist von besonderer Bedeutung für die Öffentlichkeit die darin ausgesprochene Suspendierung der Kapitalertragsteuer. Die Kapitalertragsteuer ist im März 1920 zugleich mit der Körperschaftsteuer und der Körperschaftsteuer eingeführt worden. Sie beruhte auf der damals richtigen Erwägung, daß das Einkommen aus Kapitalvermögen als fundiertes Einkommen vorbelastet werden könne. Infolge der Entwertung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ist die Bedeutung des Kapitaleinkommens hinter dem sonstigen Einkommen immer mehr zurückgetreten. Das zeigt die Statistik. Das zeigt auch das Aufkommen an Kapitalertragsteuern, das im Gegensatz zu den sonstigen direkten Steuern der Geldentwertung nicht gefolgt ist. Zudem befindet sich das Kapitalvermögen, insbesondere festverzinsliche Wertpapiere, zum großen Teil in den Händen leistungsfähiger Kreise, denen die Kapitalertragsteuer zum Teil ganz erstattet, zum Teil auf die Einkommensteuer angerechnet werden mußte.

Die Grenzen, bis zu denen die Erstattung und die Anrechnung zulässig waren, mußten naturgemäß immer weiter gezogen werden. Das sehr verwickelte Verfahren erforderte einen Aufwand an Zeit und Arbeitskräften, der nach übereinstimmenden Berichten der Landesfinanzämter mehr und mehr außer Verhältnis zu den Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer stand. Daher soll die Kapitalertragsteuer einweilen nicht mehr erhoben werden. Das Gesetz ist aber nicht formell aufgehoben. Der Reichsminister der Finanzen ist vielmehr ermächtigt, es mit Zustimmung des Reichstags wieder in Kraft zu setzen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten. Die Aprilzinsen sind noch kapitalertragsteuerpflichtig, insbesondere wird also der Aprilzinsen noch gefügt. Dagegen wird von den Erträgen aus Kapitalvermögen, die nach dem 3. April 1923 fällig werden, die Kapitalertragsteuer nicht mehr erhoben.

Bei den Dividenden bleibt, wenn auch sie der Geldentwertung keineswegs haben folgen können die 10prozentige Vorbelastung voll bestehen. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden diese 10 v. H. aber nicht mehr als selbständige Kapitalertragsteuer erhoben. Sie wird vielmehr mit der Körperschaftsteuer in der Weise vereinigt, daß bei den Erwerbseinkünften von den ausgeschütteten Gewinnanteilen fortob, d. h. von den nach dem 3. April 1923 fällig werdenden Dividenden und nicht mehr wie bisher 15 v. H., sondern 25 v. H. Körperschaftsteuer erhoben werden; diese Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25 v. H. gilt jedoch nicht für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Dividenden nach § 3 Biffer 6 des Kapitalertragsteuergesetzes von der Kapitalertragsteuer befreit waren.

## Die Teuerung in Baden im Monat April.

Nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts beträgt die Lebenshaltungskosten für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) nach dem Stand vom 1. April 27,791,3. Im Vergleich zu der Lebenshaltungskosten vom letzten Stichtag (31. März) ist eine geringe Steigerung der Lebenshaltungskosten und zwar um 12,806 Punkte oder 6,7 Proz. eingetreten. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten wird in der Hauptsache bedingt durch die Erhöhung des Aufwandes für die Wohnungen, Heizungs- und Beleuchtungskosten, sowie durch die Verteuerung des Zuckers.

# Staatsanzeiger.

## Bekanntmachung.

Das finnische Generalkonsulat in Berlin betr.  
Herr Dr. Holmar Gads ist zum finnischen Generalkonsul mit dem Amtssitz in Berlin ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird es zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.  
Karlsruhe, den 19. April 1923.  
Badisches Staatsministerium.  
Kemmle.

## Bekanntmachung.

Das bolivianische Generalkonsulat in Hamburg betr.  
Herr Napoleon Roca ist zum bolivianischen Generalkonsul in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird es zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.  
Karlsruhe, den 19. April 1923.  
Badisches Staatsministerium.  
Kemmle.

An Spenden für das Deutsche Volksoffer für Baden sind bei der Badischen Bank in Karlsruhe weiter eingegangen:

- Von der Rheinischen Kreditbank, Filiale Heidelberg, 1.500.000 M., Badische Bank in Mannheim 3.152.916 M., Hilfsauschuß Weinheim 755.000 M., Oberfinanzkasse des Landesfinanzamts hier 19.700 M., Gemeinde Zwingenberg 27.160 M., Gemeindefasse Breiden, Post Wirtendorf, 54.200 M., Gemeindefasse Hilsbach, Post Helmstadt, 86.600 M., Stadtkasse Redar, Gemeindeg. 134.786 M., Gemeinde Schriesheim 229.350 M., Stadt Sparkasse Oberkirch 100.000 M., Gemeindefasse Sauborf 200.000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Freiburg, eingezogene Spenden 3.000.000 M., Mädchenbund der Volksschule Unterzimmern 66.000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Wehrheim, 5.154.666 M., Angenamt 3000 M., Oberingenieur H. Röber hier 10.000 M., Karl Seeger, Waldkirch 20.000 M., Druck- und Verlagsanstalt Donaueschinger Tagblatt, Donaueschingen, 200.000 M., Vorschuhbank Vörrach (Sammlung) 1.753.532 M., Mittelbadische Druckerei und Verlagsanstalt Röhren 1.000.000 M., Auguste von Froben hier 3000 M., Ingenieur Bernhard Wiener hier 2000 M., Gemeindefasse Reihingen 100.000 M., Sinsheimer Zeitung, Sinsheim, 834.030 M., Gemeinde Dundenheim 300.000 M., Gemeinde Doffenheim 27.000 M., Bürgermeisteramt Oberachern 19.355 M., Gemeinde Eichersheim 155.450 M., Gemeinde Mühlbach, Amt Wolfach, 100.000 M., Josef Leibold, Eitenheimer Zeitung, Eitenheim, 17.080 M., Stadtkasse Buchen 52.820 M., Volkshaus e. G. m. u. H., Engen 536.890 M., Hermann Jäger, Mechanikermeister in Mannheim 5000 M., Bürgermeisteramt Langenrodach, Amt Neustadt, 18.300 M., Vorschuhbank Vörrach 34.840 M., Kameradschaftsheim H. Vahl, Inf.-Regt. 14 Röhlingen 441.492 M., Mannheim Milchzentrale 87.000 M., Gemeinde Hilsbach 1.333.565 M., Kunstmühle Feldner, Röhlingen 15.000 M., Gemeinde Ruffheim 145.000 M., Spar- und Darlehenskasse Röhlingen 16.500 M., Gemeinde Bremgarten 27.454 M., Reichsbank 100.000 M., Freiburger Gewerbebank 4000 M., Badische Bauernbank Freiburg 48.000 M., Gemeinde Stühlingen (Sammlung) 326.550 M., Badische Presse 112.100 M., Emil Schröder, Parfümeriehandlung, Mannheim 2000 M., Brigad-Vote, St. Georgen i. Schw. 13.000 M., Volksschule Hilsbach 29.524 M., Gemeindefasse Staufen 10.000 M., Oberländer Zeitung, Singen a. S. 15.50 Schw. Franken, Eberbacher Zeitung 270.000 M., Hauptlehrer Kien, Reichental 1000 M., Stadtkasse Vörrach 512.691 M., Verbandsparasse Kuppenheim i. M. 267.600 M., Kinzigbote Gengenbach 168.650 M., Badenia U. G. hier (Sammelder) 40.300 M., Gemeinde Breheim 38.330 M., Gemeinde Nidenbach 23.000 M., Postereigenenschaft Donaueschingen 10.000 M., Kreisauschuß Vörrach 1.000.000 M., Presseverein Freiburg 20.600 M., Stabsgemeinde Kastatt 2.819.000 M., Bürgermeisteramt Weingarten 5. Rate 37.000 M., Stadtgemeinde Kastatt 3.147.000 M., Vereinsbank Kastatt 1.800.000 M., Gemeinde Graben 162.650 M., Gemeinde Rheinfelden 500.000 M., Stadtkasse Donaueschingen 300.000 M., Gemeinde Oberheffenz 100.000 M., Stadtkasse Herbolzheim 632.390 M., Spar- und Darlehenskasse Engen 1.000.000 M., Wilhelm Büsch, Königsbach 5000 M., Bürgermeisteramt Eppingen 170.800 M., Major Max von Schirach hier 5000 M., A. G. Berlin 35.000 M., Süddeutsche Diskonto-Ges. A. G., Depofitenkassette Bühl, 986.483 M., Ortsratell vom Beamtenbund Engen 9000 M., Gemeinde Krumbach 52.500 M., Städt. Sparkasse Vörrach 500.000 M., Amtsbezirk Emmendingen (2. Rate) 1.000.000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Bühl (Sammlung) 150.818 M., Professor Dr. Hans Bunte hier 4500 M., Bürgermeisteramt Grünwettersbach 50.000 M., Gemeinde Rodenau Amt Eberbach, 39.550 M., Ausschüß- und außerplanmäßige Beamten der Stadt Weinheim 145.111 M., Epa vom Hofkirch, Neustadt i. Schw. 201.108 M., Kinzigtaler, Wolfach 900.000 M., Spargesellschaft für Stadt- und Landgemeinden Heidelberg 325.400 M., Wäldt u. Söhne, Mech. Baumwollspinnerei, Oberlauringen, Arbeiter u. Firma je 20.400 M. = 40.800 M., Gemeinde Medesheim 225.000 M., Stadtkasse Singen a. S. 500.914 M., Weinheimer Anzeiger 642.155 M., Reichsbank Vörrach 200.000 M., Badische Presse hier 243.360 M., Bürgermeisteramt Kadelburg 140.250 M., Bürgermeisteramt Ewattingen in 212.600 M., Gottlieb Schrott (Wuß für Beleuchtung der Gendarmeriestation Langenbrücken) 1000 M., Postamt Hornberg 11.000 M., Handels- und Gewerbebank Freiburg 375.286 M., Redar-Bergstrafpost Labenburg 100.000 M., Rheinisches Tagblatt, Philippsburg 32.100 M., Sammlung des Albboten und der Bezirksparasse Waldshut 847.000 M., Bürgermeisteramt Steinsfurt 326.670 M., Hauptmann a. D. Max Schenk hier 2000 M., Süddeutsche Diskonto-Ges., Depofitenkassette Überlingen 15.000 M., Stadtkasse Vörrach 63.700 M., Joh. Meiner, Hirzwald 2030 M., Stadtkasse Herbolzheim 1.450.000 M., Gemeinde Glashütten 6000 M., Kreisrat Graf, Weichsel (3. Rate) 2000 M., Beamten des Hauptkonsulats Konstantz 152.000 M., Beamten des Finanzamts Gengenbach für Februar 1923: 18.900 M., Heidelberger Volkshaus 308.514 M., Städt. Sparkasse Freiburg P 568.491 M., Gemeindeberechnung Kappel (Schw.) 100.000 M., Gemeinde Altheim 587.750 M., Gemeinde Oberglashütte 43.300 M., Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, Filiale Freiburg 437.163 M., Badische Bauernbank Freiburg 1.113.000 M., Gemeinde Balsbach, Post Fahrnbach, 50.000 M., Bauernverein Ordingen, Amt Stodach, 99.000 M., Carl L. Herrmann, Bank, Baden-Baden 432.340 M., Georg Heyn, Freiburg 500 M., Hochberger Sparkasse, Emmendingen 2.800.000 M., Dr. med. W. Koellreutter hier 10.000 M., Eitenheimer Zeitung, Eitenheim 11.000 M., Seebote Überlingen 700.000 M., Badische Kalwerke Wuggingen (Arbeiter 504.100 M., Beamte 118.883 M.) = 622.983 M., Beamte der A. G. Mannheim 58.000 M., Presseverein Freiburg 26.100 M., Gemeinde Hensheim 36.442 M., Volkshaus hier 30.300 M., Gemeinde Doffenheim 475.214 M., Bürgermeisteramt Zeutern 88.714 M., Brigad-Vote, St. Georgen (Schw.) 230.000 M., Volkszeitung Heidelberg 163.740 M., Gemeindefasse Schöllbrunn, Amt Eberbach, 67.900 M., Gemeinde Sindolsheim 100.000 M., Schwarzwälder Zeitung, Bonndorf 100.000 M., Spar- und Darlehenskasse Eichtetten 30.900 M., Stadtkasse Bräunlingen 200.000 M., Karlsruher Bürgermeister in Forzheim 4.521.000 M., Karl

Seget, Waldsiedlung 277 646 M., Dresdener Bank, Filiale Freiburg 1 882 695 M., Ungenannt 15 000 M., Gemeinde Kiefers 634 279 M., Wenzhaus Fuld, Pforzheim 107 000 M., Stadtkasse Pforzheim 12 580 000 M., Arbeiterkassendirektion der Firma Schrott u. Co., Bruchsal 66 350 M., Oberbürgermeister Gündert, Pforzheim 70 000 M., Oberbürgermeister in Pforzheim 37 000 M., Friedr. Späth hier 5000 M., Bankgeschäft Carl Schmitt & Cie., Pforzheim 113 000 M., Stadt Pforzheim 130 000 M., Stadtgemeinde Pforzheim 954 000 M., Bielefelder Nachrichten, Schöna i. B. 261 900 M., Beamte des Hauptzollamts Waldsiedlung 66 030 M., Sparkasse Eberbach a. R. 102 500 M., Amtsbezirk Emmendingen (3. Rate) 1 000 000 M., Gemeinde Hohenstadt 425 500 M., Vaterländisches Hilfswort Heidelberg 1 250 000 M., Stadt, Sparkasse St. Georgen 280 000 M., Stadt, Sparkasse Pforzheim 56 000 M., Stadtgemeinde Pforzheim 50 000 M., Gemeinde Gernsbach 396 340 M., Gemeinde Wettersdorf 290 000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Freiburg 92 735 M., Lehrer Zeitung 3 000 000 M., Bad. Bezirksamt Mannheim 40 000 M., Gemeindekasse Ruff 10 000 M., Gemeinde Badenweiler 167 000 M., Volksbank Ruffheim 2 100 000 M., Oberbürgermeister in Pforzheim 139 000 M., Rheinische Kreditbank Heidelberg 2 000 000 M., Gemeindeparkasse Gaggenau 1 210 362 M., Gemeinde Entenfeld 15 000 M., Bürgermeisterrat Schelingen 3800 M., Gemeinde Schallbach 68 350 M., Karl Esselsohn, Forstamtmann, Biffingen 10 000 M., Redar-Bergstrassepost Baden 200 000 M., Gemeinde Karlsruh 154 250 M., Gemeinderichter Donis Weber, Fischbach bei Biffingen 4578 M., Bürgermeisterrat Gaggenau 41 200 M., Schwarzwälder Zeitung, Bonndorf 78 885 M., Badische Presse hier 265 145 M., Dr. Klotz hier 10 000 M., Gemeinde Bonndorf 98 900 M., Reichsbank hier 83 000 M., Stadtgemeinde Hornberg 500 000 M., Heidelberger Tagblatt 6 000 000 M., Gemeinde Wörschweiler 250 000 M., Gemeinde Dornbach 60 400 M., Dr. R. Z. 10 000 M., Gemeinde Steffen a. L. 414 070 M., Landeszentrale des Badischen Einzelhandels E. B., Ortsgruppe Pforzheim 45 000 M., Stadtgemeinde Buchen 1 000 000 M., Heidelberger Tagblatt 2 700 000 M., Stadtkasse Lörzach 175 280 M., Gemeinde Wörschweiler 250 000 M., Bürgermeisterrat Langenau 82 000 M., Gemeinde Gottmadingen 82 735 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Freiburg 3 000 000 M., Fred Graf, Heidelberg 5000 M., Schwebinger Zeitung 607 944 M., Prof. Karl Wöhrl 5000 M., Gemeindefasse Nierern am Wald, Post Nierern 30 000 M., Walter Haas, Mannheim 10 000 M., Arbeitgeberverband Pforzheim 25 000 000 M., Hermann Adler, Maschinenmeister, Mannheim 5000 M., Stadtkasse Herbolzheim 103 540 M., Bezirksamt Neustadt 644 770 M., Gemeinde Waghelm, Amt Donaueschingen, 51 200 M., Gemeinde Eichelberg 20 800 M., Gemeinde Dürren, Amt Pforzheim, 74 720 M., Bürgermeisterrat Philippsburg 132 900 M., Badische Presse hier 206 600 M., Gemeinde Waldmatt 34 300 M., Redar-Bergstrassepost, Baden 200 000 M., Gemeinde Altheim, Amt Neßkirch 61 500 M., Badenia A.-G., Karlsruhe 38 260 M., Preßverein Buchen 37 110 M., Offiziere und Verwaltungsbeamte des Ministeriums des Innern - Abteilung Polizei - 217 140 M., Landbote Sinsheim a. G. 61 000 M., Sinsheimer Zeitung, Sinsheim a. G. 181 179 M., Univerfität Heidelberg 1 000 000 M., Bezirksamt Karlsruhe 500 M., Firma Stehl & Co. und Arbeiterschaft in Ergingen 1 650 000 M., Donaueschinger Tagblatt 500 000 M., Präsident E. Arnold hier 10 000 M., Univerfität Heidelberg, Deutsche Wärderrilfe 500 000 M., Bezirksamt Karlsruhe 5000 M., Raftalter Zeitung 80 500 M., Gemeinde Rotenberg bei Wiesloch 45 000 M., Preßverein Freiburg-7500 M., Karl Moritz, Dürrenheim, Buße wegen Beleidigung, 5000 M., Gemeinde Stodburg, Amt Nierern, 18 000 M., Heidelberger Volksbank 76 770 M., Gemeinde Altheim 4000 M., Firma Beckstein, Wertheim 103 297 M., Geh. Oberregierungsrat Ministerialdirektor Max Herrmann hier 6000 M., Angestellte des Badenwerks hier 24 000 M., Polizeischule hier 625 000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Triberg, 100 000 M., Gemeindefasse Plankstadt 567 150 M., Schwarzwälder Zeitung 94 740 M., Gemeinde Wamlingen 38 800 M., Angestelltenkassette der Eisenbau Wörsch a. G., Wörsch 100 000 M., Gemeindefasse Schutterwald 11 400 M., Badenia A.-G. 78 400 M., Gemeindefasse Stollhofen 19 600 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Freiburg 3 000 000 M., S. D. Prinz Max zu Fürstenberg 500 000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Triberg 92 830 M., Badische Girozentrale Mannheim 13 226 847 M., Ungenannt Mannheim 6000 M., Profurist Otto Schmidt 10 000 M., Stadtkasse Waldmatt 500 000 M., Hoch- und Tiefbauunternehmung Jakob Eckert, Kadelburg, Arbeiterschaft 84 760 M., und Firma 15 330 M., zusammen 50 000 M., Kreisgauver Nachrichten, Emmendingen 454 856 M., Gemeinde Griesen 75 000 M., Bürgermeisterrat Rafen, Amt Donaueschingen 150 000 M., Bürgermeisterrat Hausach i. R. (Stadtsammlung) 198 452 M., S. Ganz hier, Schillerstraße 56, 5000 M., F. R. 5000 M., Ungenannt 5000 M., Ungenannt 500 M., Badische Presse 731 550 M., Dresdener Bank, Filiale Freiburg 588 612 M., Spar- und Baifenskasse Neustadt i. Schw. 1 313 650 M., Badisches Bezirksamt hier 2000 M., Badische Bauernbank Freiburg 16 750 M., Gemeinde Rheinhausen bei Bruchsal 20 000 M., Stadtgemeinde Furtwangen 49 000 M., Sparkasse Lörzach 500 000 M., Gemeinde Präg, Amt Schöna i. B., 4000 M., Rudolf Wimmer, Ofringen 30 974 M., Rudolf Hoffmann 1000 M., S. Aneshänsel, Rechnungsrat, Viehbach a. Rh. 10 000 M., Bürgermeisterrat Unterlahsbühlte 29 300 M., Gemeindefasse Fiefingen 100 000 M., Geh. Regierungsrat Dr. Oskar Eifen-

mann, hier 10 000 M., Ungenannt 1000 M., Stadtkasse A hier 21 000 M., A. G. Storz, Adelsheim 50 000 M., Notar Jung, hier 6000 M., Bürgermeisterrat Eppingen 100 830 M., Bankhaus Fuld & Co., Baden 315 000 M., Gemeinde Hohenheim 9680 M., Arbeiterkassendirektion für Pforzheim und Umgebung 40 000 000 M., Volksfreund hier 154 400 M., Weinheimer Anzeiger 125 201 M., Regierungsrat F. R. Müller, hier 5000 M., Gemeindefasse Engelwies, Post Rohrdorf 200 000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Triberg 10 000 M., Ungenannt 2000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Heidelberg 3 000 000 M., Gemeinde Gernsbach 9500 M., Gemeinde Rutenbach 200 000 M., Vaterländisches Hilfswort Heidelberg 120 524 M., Bürgermeisterrat Grünwettersbach 40 800 M., Emil Schröder, Karlsruherhandlung, Mannheim 3000 M., Robert Wimmer, Mannheim 1500 M., Postamt Bonndorf 11 100 M., Stadtgemeinde Markdorf 50 000 M., Stadtkasse Redargemünd 206 300 M., Volksbank Emmendingen 203 000 M., Männergesangsverein Geroltsbach, Eintracht und Musikverein Unterbühlertal (Heimertag eines Wohlthätigkeitstages) 110 000 M., Getreidelagerhaus Wudau 10 000 M., Gemeindefasse Ottenau 80 000 M., Stadtkasse Säckingen 122 453 M., Deutsche Poststelle hier 50 000 M., Ortsrat Pforzheim des Deutschen Beamtenbundes 50 000 M., Ungenannt 100 M., Mayer Weiß und Frau Kaiser, hier 5500 M., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G., Filiale Freiburg 701 692 M., Arbeitgeberverband Pforzheim, 1. Rate der Angestellten im Kontor und Kabinett 8 000 000 M., Sparkasse Baden 33 000 000 M., Rheinische Kreditbank, Filiale Freiburg 2 000 000 M., Paul Körner, Mannheim 30 000 M., Badische Presse hier 45 500 M., Gemeinde Niederbach 55 000 M., Bürgermeisterrat Waldmatt 50 350 M., Hermann Adler, Maschinenmeister, Mannheim 5000 M., Badenia A.-G. 51 000 M., Hochwälder, Neustadt i. Schw. 72 000 M., Stadtkasse Neßkirch 500 000 M., Badische Presse 393 013 M., Deutsches Volkspost, Berlin 209 050 000 M.

In der Veröffentlichung in der Beilage unter Nr. 65 der Karlsruher Zeitung Spalte 2, Zeile 20 soll es 5 940 000 M., statt 594 000 M. heißen.

Der Landesauschuss für die Durchführung der Sammlung „Deutsches Volkspost“ in Baden.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Jurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

Ernannt: Staatsanwalt Karl Fesch in Karlsruhe zum Ministerialrat beim Staatsministerium.

Ministerium des Innern.

Ernannt: Pfleger Rudolf Zehner in Emmendingen zum Oberpfleger, die Notarmeister Gustav Sauer und Markus Wörner in Karlsruhe zu planmäßigen Polizeiwachmeister, der Wachmeister Lorenz Bernerich in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister, die Notarmeister Anton Reichel, Friedrich Kohler, Alfred Staudt, Bernhard Nies, Wilhelm Schumann, Albert Schöthal, August Janßen, August Kömmele, Josef Schmid und Engelbert Stolzberger in Mannheim zu planmäßigen Polizeiwachmeister.

Planmäßig angestellt: die Pfleger Martin Kübler in Emmendingen, Friedrich Scheid, Otto Fröh, Ludwig Fischer in Wiesloch, Franz Steurer bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstantz.

Verfetzt: Polizeiaffizent Karl Müller in Pforzheim nach Karlsruhe, die Polizeiwachmeister Josef Amend in Mannheim nach Heidelberg und Markus Müller in Mannheim nach Freiburg.

Jurufetzung: Verwaltungsobersekretär Ernst Geber beim Bezirksamt Baden.

Amtsgehilfe Josef Fahnstich beim Bezirksamt Achern.

Entlassen auf Ansuchen: Verwaltungsobersekretär Georg Wülfing.

Justizministerium.

Ernannt: Werkführer Friedrich Wels bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zum Oberwerkführer, Aufseherin Elisabeth Walter bei genannter Anstalt zur Küchenmeisterin.

Verfetzt: Justizinspektor Ludwig Wohltschlegel beim Amtsgericht Mannheim zum Landgericht daselbst; die Justizobersekretäre Peter Wör bei Landgericht Mannheim zum Amtsgericht daselbst und Hermann Herr beim Notariat Bretten zum Amtsgericht daselbst; Justizaffizent Franz Jenemann beim Notariat Offenburg zum Amtsgericht daselbst; die Kanzleisekretäre Jakob Junter beim Amtsgericht Offenburg zum Notariat daselbst und Franz Koch beim Landgericht Offenburg zum Amtsgericht daselbst, Kanzleiaffizentin Luise Kerber beim Amtsgericht Karlsruhe zum Notariat daselbst, Kanakistin Sofie Wolmer beim Amtsgericht Karlsruhe zur Staatsanwaltschaft daselbst.

Entlassen auf Ansuchen: Kanzleisekretär Emil Mathäus Wolmann beim Amtsgericht Baden.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: den Privatdozenten Dr. Stefan Goldschmidt an der Univerfität Würzburg mit Wirkung vom 1. April 1923 zum etatmäßigen außerordentlichen Professor der Chemie an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Gewerbetreibender Dipl.-Ing. Dr. Alexander Dien an der Gewerbeakademie Mannheim zum Gewerbelehrer daselbst und Hauptlehrer Josef Ellsäfer an der Volksschule in Freiburg zum Oberlehrer daselbst.

Verfetzt: Professor Robert Träger vom Gymnasium in Karlsruhe an das Gymnasium Heidelberg, Professor Franz Xaver Fels am Gymnasium in Bruchsal an jenes in Karlsruhe, Professor Dr. Karl Bühler am Realgymnasium mit Oberrealschule in Biffingen an die Realschule in Pforzheim.

Jurufetzung auf Ansuchen: Verwaltungsobersekretär Friedrich Kirchner bei der Univerfität Freiburg auf 1. Juli 1923.

Evang. Kirchenregierung.

Ernannt: Finanzrat Friedrich Guttenberg beim Evang. Oberkirchenrat zum Vorstand der Evang. Stiftschafferei Mosbach.

Ministerium der Finanzen.

Verfetzt: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Otto Haber zum Vorstand des Forstamts Karlsruhe, zum Forstamtsvorstand: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Hermann Dießlin, unter Verlassung bei der Forstverwaltung, Vermessungsobersekretär Eugen Fehlinger beim Vermessungsbüro zum Vermessungsobersekretär.

Abertragen: unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamtmann Stellen von 2 Beamten der Forstverwaltung:

den Forstassessoren Dr. Eugen Diebler aus Staußen, Otto Meßmer aus Karlsruhe, Oswald Fuchs aus Mannheim, Oskar Strich aus Schiltach, dem Forstmeister Karl Feist in Jettetten das Forstamt Konstantz, dem Forstmeister Karl Anierer in Geroltsheim unter Zurücknahme seiner Verlassung zum Forstamt Karlsruhe, das Forstamt Karlsruhe-Dardt, dem Forstmeister Otto Schuler in Forbach unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Forstamtsvorstand in Forbach das Forstamt Oberweiler, dem Forstmeister Johann Gund in Gengenbach das Forstamt Geroltsheim, den 2. Beamten der Forstverwaltung unter Ernennung zum Forstmeister: den Forstamtmännern Wilhelm Gung das Forstamt Jettetten, Verthold Roder das Forstamt Stein und Max Langer das Forstamt Forbach.

Verfetzt: zur Dienstleistung bei der Forstverwaltung unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamt: der Forstmeister Josef Falt in Forst unter Aufhebung seiner Verlassung zum Forstamt Bad Peterstal.

Jurufetzung: Vermessungsobersekretär Adolf Schild in Karlsruhe auf Ansuchen.

Zurückgenommen: die Verlassung des Forstmeisters Eduard Jhrig in Bad Peterstal nach Geroltsheim.

Rechnungshof:

Ernannt: zu Rechnungsbeamten beim Rechnungshof: Ministerialoberrechnungsrat Edmund Neumann beim Ministerium des Kultus und Unterrichts mit der Amtsbezeichnung Oberrechnungsrat; unter Verlassung ihrer bisherigen Amtsbezeichnung: Oberrechnungsrat Friedrich Maier, die Revisionsoberinspektoren Karl Will und Otto Keller beim Ministerium der Finanzen - Domänenabteilung - Oberrechnungsrat Leopold Schmitt und Revisionsoberinspektor Eduard Teubner bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, die Revisionsoberinspektoren Heinrich Theobald, Hermann Höltscher und Wilhelm Gasser beim Rechnungshof; unter Verlassung der Amtsbezeichnung Revisionsoberinspektor: Revisionsinspektor Robert Blum beim Ministerium der Finanzen - Domänenabteilung - sowie die Verwaltungsinspektoren Albert Schumann und Alfred Hubert beim Rechnungshof; mit der Amtsbezeichnung Revisionsinspektor: Revisor a. D. Philipp Biffinger, Revisionsinspektor Hermann Goldschmidt beim Kathol. Oberrechnungshof, Verwaltungsinspektor Emil Stehlin beim Rechnungshof, Finanzinspektor Josef Stangl bei der Landesbaukasse und Justizinspektor Oskar Verberich beim Landesgefängnis Mannheim.

Verfetzt: Amtmann Dr. Kurt Josef in Durlach.

Ernannt: den Privatdozenten Dr. Stefan Goldschmidt an der Univerfität Würzburg mit Wirkung vom 1. April 1923 zum etatmäßigen außerordentlichen Professor der Chemie an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Gewerbetreibender Dipl.-Ing. Dr. Alexander Dien an der Gewerbeakademie Mannheim zum Gewerbelehrer daselbst und Hauptlehrer Josef Ellsäfer an der Volksschule in Freiburg zum Oberlehrer daselbst.

Verfetzt: Professor Robert Träger vom Gymnasium in Karlsruhe an das Gymnasium Heidelberg, Professor Franz Xaver Fels am Gymnasium in Bruchsal an jenes in Karlsruhe, Professor Dr. Karl Bühler am Realgymnasium mit Oberrealschule in Biffingen an die Realschule in Pforzheim.

Jurufetzung auf Ansuchen: Verwaltungsobersekretär Friedrich Kirchner bei der Univerfität Freiburg auf 1. Juli 1923.

Evang. Kirchenregierung.

Ernannt: Finanzrat Friedrich Guttenberg beim Evang. Oberkirchenrat zum Vorstand der Evang. Stiftschafferei Mosbach.

Ministerium der Finanzen.

Verfetzt: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Otto Haber zum Vorstand des Forstamts Karlsruhe, zum Forstamtsvorstand: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Hermann Dießlin, unter Verlassung bei der Forstverwaltung, Vermessungsobersekretär Eugen Fehlinger beim Vermessungsbüro zum Vermessungsobersekretär.

Abertragen: unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamtmann Stellen von 2 Beamten der Forstverwaltung:

den Forstassessoren Dr. Eugen Diebler aus Staußen, Otto Meßmer aus Karlsruhe, Oswald Fuchs aus Mannheim, Oskar Strich aus Schiltach, dem Forstmeister Karl Feist in Jettetten das Forstamt Konstantz, dem Forstmeister Karl Anierer in Geroltsheim unter Zurücknahme seiner Verlassung zum Forstamt Karlsruhe, das Forstamt Karlsruhe-Dardt, dem Forstmeister Otto Schuler in Forbach unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Forstamtsvorstand in Forbach das Forstamt Oberweiler, dem Forstmeister Johann Gund in Gengenbach das Forstamt Geroltsheim, den 2. Beamten der Forstverwaltung unter Ernennung zum Forstmeister: den Forstamtmännern Wilhelm Gung das Forstamt Jettetten, Verthold Roder das Forstamt Stein und Max Langer das Forstamt Forbach.

Verfetzt: zur Dienstleistung bei der Forstverwaltung unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamt: der Forstmeister Josef Falt in Forst unter Aufhebung seiner Verlassung zum Forstamt Bad Peterstal.

Jurufetzung: Vermessungsobersekretär Adolf Schild in Karlsruhe auf Ansuchen.

Zurückgenommen: die Verlassung des Forstmeisters Eduard Jhrig in Bad Peterstal nach Geroltsheim.

Rechnungshof:

Ernannt: zu Rechnungsbeamten beim Rechnungshof: Ministerialoberrechnungsrat Edmund Neumann beim Ministerium des Kultus und Unterrichts mit der Amtsbezeichnung Oberrechnungsrat; unter Verlassung ihrer bisherigen Amtsbezeichnung: Oberrechnungsrat Friedrich Maier, die Revisionsoberinspektoren Karl Will und Otto Keller beim Ministerium der Finanzen - Domänenabteilung - Oberrechnungsrat Leopold Schmitt und Revisionsoberinspektor Eduard Teubner bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, die Revisionsoberinspektoren Heinrich Theobald, Hermann Höltscher und Wilhelm Gasser beim Rechnungshof; unter Verlassung der Amtsbezeichnung Revisionsoberinspektor: Revisionsinspektor Robert Blum beim Ministerium der Finanzen - Domänenabteilung - sowie die Verwaltungsinspektoren Albert Schumann und Alfred Hubert beim Rechnungshof; mit der Amtsbezeichnung Revisionsinspektor: Revisor a. D. Philipp Biffinger, Revisionsinspektor Hermann Goldschmidt beim Kathol. Oberrechnungshof, Verwaltungsinspektor Emil Stehlin beim Rechnungshof, Finanzinspektor Josef Stangl bei der Landesbaukasse und Justizinspektor Oskar Verberich beim Landesgefängnis Mannheim.

Verfetzt: Amtmann Dr. Kurt Josef in Durlach.

Ernannt: den Privatdozenten Dr. Stefan Goldschmidt an der Univerfität Würzburg mit Wirkung vom 1. April 1923 zum etatmäßigen außerordentlichen Professor der Chemie an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Gewerbetreibender Dipl.-Ing. Dr. Alexander Dien an der Gewerbeakademie Mannheim zum Gewerbelehrer daselbst und Hauptlehrer Josef Ellsäfer an der Volksschule in Freiburg zum Oberlehrer daselbst.

Verfetzt: Professor Robert Träger vom Gymnasium in Karlsruhe an das Gymnasium Heidelberg, Professor Franz Xaver Fels am Gymnasium in Bruchsal an jenes in Karlsruhe, Professor Dr. Karl Bühler am Realgymnasium mit Oberrealschule in Biffingen an die Realschule in Pforzheim.

Jurufetzung auf Ansuchen: Verwaltungsobersekretär Friedrich Kirchner bei der Univerfität Freiburg auf 1. Juli 1923.

Evang. Kirchenregierung.

Ernannt: Finanzrat Friedrich Guttenberg beim Evang. Oberkirchenrat zum Vorstand der Evang. Stiftschafferei Mosbach.

Ministerium der Finanzen.

Verfetzt: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Otto Haber zum Vorstand des Forstamts Karlsruhe, zum Forstamtsvorstand: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Hermann Dießlin, unter Verlassung bei der Forstverwaltung, Vermessungsobersekretär Eugen Fehlinger beim Vermessungsbüro zum Vermessungsobersekretär.

Abertragen: unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamtmann Stellen von 2 Beamten der Forstverwaltung:

den Forstassessoren Dr. Eugen Diebler aus Staußen, Otto Meßmer aus Karlsruhe, Oswald Fuchs aus Mannheim, Oskar Strich aus Schiltach, dem Forstmeister Karl Feist in Jettetten das Forstamt Konstantz, dem Forstmeister Karl Anierer in Geroltsheim unter Zurücknahme seiner Verlassung zum Forstamt Karlsruhe, das Forstamt Karlsruhe-Dardt, dem Forstmeister Otto Schuler in Forbach unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Forstamtsvorstand in Forbach das Forstamt Oberweiler, dem Forstmeister Johann Gund in Gengenbach das Forstamt Geroltsheim, den 2. Beamten der Forstverwaltung unter Ernennung zum Forstmeister: den Forstamtmännern Wilhelm Gung das Forstamt Jettetten, Verthold Roder das Forstamt Stein und Max Langer das Forstamt Forbach.

Verfetzt: zur Dienstleistung bei der Forstverwaltung unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamt: der Forstmeister Josef Falt in Forst unter Aufhebung seiner Verlassung zum Forstamt Bad Peterstal.

Jurufetzung: Vermessungsobersekretär Adolf Schild in Karlsruhe auf Ansuchen.

Zurückgenommen: die Verlassung des Forstmeisters Eduard Jhrig in Bad Peterstal nach Geroltsheim.

Rechnungshof:

Ernannt: zu Rechnungsbeamten beim Rechnungshof: Ministerialoberrechnungsrat Edmund Neumann beim Ministerium des Kultus und Unterrichts mit der Amtsbezeichnung Oberrechnungsrat; unter Verlassung ihrer bisherigen Amtsbezeichnung: Oberrechnungsrat Friedrich Maier, die Revisionsoberinspektoren Karl Will und Otto Keller beim Ministerium der Finanzen - Domänenabteilung - Oberrechnungsrat Leopold Schmitt und Revisionsoberinspektor Eduard Teubner bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, die Revisionsoberinspektoren Heinrich Theobald, Hermann Höltscher und Wilhelm Gasser beim Rechnungshof; unter Verlassung der Amtsbezeichnung Revisionsoberinspektor: Revisionsinspektor Robert Blum beim Ministerium der Finanzen - Domänenabteilung - sowie die Verwaltungsinspektoren Albert Schumann und Alfred Hubert beim Rechnungshof; mit der Amtsbezeichnung Revisionsinspektor: Revisor a. D. Philipp Biffinger, Revisionsinspektor Hermann Goldschmidt beim Kathol. Oberrechnungshof, Verwaltungsinspektor Emil Stehlin beim Rechnungshof, Finanzinspektor Josef Stangl bei der Landesbaukasse und Justizinspektor Oskar Verberich beim Landesgefängnis Mannheim.

Verfetzt: Amtmann Dr. Kurt Josef in Durlach.

Ernannt: den Privatdozenten Dr. Stefan Goldschmidt an der Univerfität Würzburg mit Wirkung vom 1. April 1923 zum etatmäßigen außerordentlichen Professor der Chemie an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Gewerbetreibender Dipl.-Ing. Dr. Alexander Dien an der Gewerbeakademie Mannheim zum Gewerbelehrer daselbst und Hauptlehrer Josef Ellsäfer an der Volksschule in Freiburg zum Oberlehrer daselbst.

Verfetzt: Professor Robert Träger vom Gymnasium in Karlsruhe an das Gymnasium Heidelberg, Professor Franz Xaver Fels am Gymnasium in Bruchsal an jenes in Karlsruhe, Professor Dr. Karl Bühler am Realgymnasium mit Oberrealschule in Biffingen an die Realschule in Pforzheim.

Jurufetzung auf Ansuchen: Verwaltungsobersekretär Friedrich Kirchner bei der Univerfität Freiburg auf 1. Juli 1923.

Evang. Kirchenregierung.

Ernannt: Finanzrat Friedrich Guttenberg beim Evang. Oberkirchenrat zum Vorstand der Evang. Stiftschafferei Mosbach.

Ministerium der Finanzen.

Verfetzt: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Otto Haber zum Vorstand des Forstamts Karlsruhe, zum Forstamtsvorstand: der 2. Beamte der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstverwaltung, Forstmeister Hermann Dießlin, unter Verlassung bei der Forstverwaltung, Vermessungsobersekretär Eugen Fehlinger beim Vermessungsbüro zum Vermessungsobersekretär.

Abertragen: unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamtmann Stellen von 2 Beamten der Forstverwaltung:

den Forstassessoren Dr. Eugen Diebler aus Staußen, Otto Meßmer aus Karlsruhe, Oswald Fuchs aus Mannheim, Oskar Strich aus Schiltach, dem Forstmeister Karl Feist in Jettetten das Forstamt Konstantz, dem Forstmeister Karl Anierer in Geroltsheim unter Zurücknahme seiner Verlassung zum Forstamt Karlsruhe, das Forstamt Karlsruhe-Dardt, dem Forstmeister Otto Schuler in Forbach unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Forstamtsvorstand in Forbach das Forstamt Oberweiler, dem Forstmeister Johann Gund in Gengenbach das Forstamt Geroltsheim, den 2. Beamten der Forstverwaltung unter Ernennung zum Forstmeister: den Forstamtmännern Wilhelm Gung das Forstamt Jettetten, Verthold Roder das Forstamt Stein und Max Langer das Forstamt Forbach.

Verfetzt: zur Dienstleistung bei der Forstverwaltung unter Verlassung der Amtsbezeichnung Forstamt: der Forstmeister Josef Falt in Forst unter Aufhebung seiner Verlassung zum Forstamt Bad Peterstal.

**Viele wissen es noch**  
nicht, daß das hiesige, berühmte  
**Gebo-Seifenhaus**  
Kaiserstraße 36a, seit geraumer Zeit eine  
wohl ausgestattete Filiale in der  
**Kaiser-Allee 52** eröffnet hat.

Unsere nur erstklassigen, allgemein eingeführten und  
nachweislich taufendfach freizügig begutachteten  
**Bettstellen** aus Metall für Erwachsene  
und Kinder, Stahlmattagen,  
Koffer, Betten, Federbetten liefern wir strahlend  
direkt an Private zu günstigen Preisen und Beding.  
Katalog 78 R frei. **Eisenmöbelfabrik Suht** (Ahr.)

Sonntag, den 22. April.  
**Landestheater.** **Konzerthaus.**  
5. u. 7. Uhr. Sp. 18000. 7 u. 9. Uhr.  
Der Ring des Nibelungen. Park I 3000 M.  
I. Tag.  
**Die Walküre.** **Alt-Heidelberg.**

**Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft**  
Zeichnungs-Einladung  
auf  
**1500000000 Mark**  
mündelsichere  
**8% Communal-Obligationen**  
unföndbar bis 1933

8%ige Verzinsung also mindestens bis 1933 unveränderlich feststehend,  
ausgegeben auf Grund von Darlehen an große selbständige wirtschaftliche  
Unternehmungen - wie Elektrizitätsgesellschaften u. a. - unter selbstschuld-  
nerischer Bürgschaft der beteiligten großen Kommunalverbände.  
Stücke zu 200 000, 100 000, 50 000, 20 000 und 10 000 Mark mit Zin-  
scheinen jeweils 1. Januar und 1. Juli fällig.

**Zeichnung zum Preise von 98%**  
vom 23. April bis 2. Mai.  
Räheres in den Prospekten, die bei allen Bankfirmen erhältlich sind, u. a.  
in Karlsruhe bei **Strauß & Co.**

wo ebenso wie bei der Gesellschaft selbst Zeichnungen entgegenommen  
werden.

**Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft**  
Berlin R 23 7, Unter den Linden 48/49.

**Spenglers**  
**Geschichts-Philosophie**  
Eine Kritik  
Von  
**Prof. Dr. Karl Schück**

Die Monatsschrift „Hochland“ schreibt in  
einer „Spengler“-Besprechung: „Am deutlichsten  
hat ihn bis jetzt wohl Karl Schück formuliert“.  
Schück berücksichtigt auch den 2. Band vom  
„Untergang des Abendlandes“!

Grundpreis 0.75 M. x Teuerungszahl des  
Buchhandels.

**Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.**  
Karlriedrichstraße 14.

